

Lage der deutschen Minderheit 25 Jahre nach Unterzeichnung des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages.

Bernard Gaida

Ich bin mir darüber im Klaren, dass in so einem international besetzten Gremium wie FUEV mein Thema erklärt werden sein muss und von dem mir zustehenden 20 Minuten möchte ich einige der Erläuterung der Bedeutung des Jubiläums widmen. Wenn wir auf die Karte Polens schauen und auf die zwei darauf markierten Regionen und Orte zeigen, wo sich unsere Ortsgruppen befinden und anschließend dies mit einer Landkarte aus der Vorkriegszeit vergleichen, werden wir erkennen, dass die meisten Vertreter unserer Gemeinschaft auf den Gebieten leben, die vor 1945 zu Ostgebieten des Deutschen Reiches gehörten. Der durch das Hitler-Deutschland am 1.09.1939 begonnene Krieg, der am 17.09. 1939 durch den Überfall der UdSSR von der östlichen Seite eskaliert worden ist, führte in der Folge zu einer Grenzverschiebung. Polen verlor an die Sowjetunion seine Ostgebiete und dafür bekam es das gesamte Ostdeutschland ohne nördliche Teile Ostpreußens.

Diese Gebiete wurden von ca. 10 - 12 Mio. Deutschen bewohnt. Die Grenzgebiete wie Oberschlesien und Ermland mit Masuren waren durch eigene Sprache und Kultur geprägt. Schon nach dem I. Weltkrieg kam diese Eigenart bei Volksabstimmungen auf den Gebieten zum Ausdruck, wonach die Mehrheit für den Verbleib bei Deutschland votierte und doch ein Teil des Territoriums an Polen übergegangen ist und dann entstand die Erscheinung wie die deutsche Minderheit. Die Grenzfrage und das Problem mit der Bevölkerung wurden auf darauf folgenden Konferenzen in Teheran, Jalta und Potsdam entschieden, als Stalin letztendlich die Zustimmung nicht nur für die Grenzverschiebung aber auch für die Vertreibung der Deutschen bekam. Ich übergehe die Hochschätzungen zu der Zahl der Flüchtlinge und der Vertriebenen, die uns sagen, wie viel Personen mit und ohne förmliche Zustimmung der Alliierten vertrieben, wie viele in den Folgejahren ausgesiedelt wurden. Ich möchte jetzt nicht auf die Zahl der Deutschen eingehen, die in Schlesien, Pommern oder Ostpreußen geblieben sind. Die von Deutschen gesäuberten Gebiete mussten besiedelt und bewirtschaftet werden und bedeutende Zahl der polnischen Bevölkerung aus den Gebieten des heutigen Litauen, Weißrussland oder der

Ukraine wollte oder musste ihre Heimat verlassen und in die Westgebiete ins neue schon sozialistische Polen umzusiedeln.

Die Nachkriegsjahre bedeuteten für verbliebene Deutsche einen Leidensweg in den Arbeitslagern, die zu Hunderten gegründet wurden, oder sogar Verschleppung zu Zehntausenden nach Sowjetunion zur Zwangsarbeit in das Donezbecken, ins Uralgebiet und nach Sibirien. Nur wenige kamen heim. Vom System der kommunistischen Verfolgungen waren ganze Gesellschaftsgruppen betroffen, aber im Fall der Schlesier, Ermländer, Pommeraner, Lodzer kam noch dazu die Diskriminierung wegen der Sprache und Kultur, weil die deutsche Sprache oft einen Grund für die Festnahme lieferte. Nur in zwei Regionen Polens wurde Unterrichtsverbot für Deutsch erklärt und ununterbrochen bis 1989 galt: in Schlesien und Ermland und Masuren. Die sprachliche Diskriminierung wurde zum Alltag der deutschen Gemeinschaft über lange Jahrzehnte. Den Anfang markiert symbolisch die Anordnung des schlesischen Woiwoden Gen. A. Zawadzki, der schon nach den Wirren der Nachkriegszeit am 19.08.1947 an alle Ämter in Schlesien ein Schreiben aufsetzte, in dem er zur Intensivierung der Bekämpfung sämtlicher Erscheinungsformen des Deutschtums aufforderte. Es hieß dort: „Deutsch dürfen nur die Deutsche sprechen, die auszusiedeln sind“. (B.Linek, „Polityka antyniemiecka...“ S.265). Das Verbot der deutschen Sprache gilt ununterbrochen und dient mit Erfolg der Zwangsassimilierung der heimatverbleibenden Deutschen. Wie diese Maßnahmen 1948 umgesetzt wurden, teilt uns ein anderer Beamte E. Duda mit: „Wir vernichten restlos, bis auf den letzte Buchstabe, deutsche Inschriften überall dort, wo sie vorkommen; wir schaffen deutsche Familiennamen und deutsche Vornamen ab und säubern das Gebiet von deutschen Büchern, wir sammeln Güterwagen und Eisenbahnzüge mit deutschen Büchern und ich appelliere an Euch, dasselbe auf Euren Wiedergewonnenen Gebieten gründlich und zügig zu tun“. (B.Linek, S.267). Diese Aktion hatte Rückkopplung. Sie zwang, das Deutschtum zu verbergen, auf die Anwendung der Sprache im Außenbereich zu verzichten, was den Eindruck und die Überzeugung vermittelte, es gäbe tatsächlich keine Deutsche mehr. Aus der politischen Sprache verschwindet auf dem polnischen Gebiet die Bezeichnung „Deutsche“ auf lange Jahre und diese Bezeichnung wird durch den Begriff „Autochthone“ ersetzt, der im besten Fall die national schwankenden Polen meinen sollte. Die offizielle Version wird durch zwei Fälle aus dem Jahr 1985 veranschaulicht. Im

Jahr 1985 hatte Staatschef Jaruzelski vor Offizieren davon gesprochen, daß man im Westen eine ethnische Teilung Polens herbeiführen wolle und man will „das künstliche Problem schaffen, daß es in Polen eine deutsche Minderheit von einer Million gibt.“ Kardinal Glemp, das Oberhaupt der katholischen Kirche in Polen, stimmte dieser Aussage sogleich zu. Bereits anlässlich einer Wallfahrt am 15.8.1984 in Tschenstochau (Częstochowa) hatte er gesagt: „„Wenn sich jemand nach vierzig Jahren in Polen noch als Ausländer bezeichnet, obwohl er weder die Sprache noch die Kultur dieses angeblichen Vaterlandes kennt, so haben wir es hier mit einem künstlichen Prozess zu tun, der eher durch niedrige Beweggründe ausgelöst wurde, durch Geld, den Willen zu einem leichteren Leben und Bequemlichkeit und manchmal mit dem Wunsch danach, sich von den Mühen des Kampfes für eine bessere Zukunft zu befreien(..) Wir können nicht reinen Gewissens Gebete in fremder Sprache abhalten für solche, die diese Sprache gar nicht kennen und sie erst in der Liturgie kennenlernen wollen.“ Wie spottisch klingt das nach 40 Jahren Diskriminierung, Verbot der Sprache, Vernichtung der deutschen Kultur und des Schulwesens. Damit bestritt auch er die Existenz einer deutschen Minderheit in Polen.

Ich könnte es bei der Schilderung des Standpunktes der kommunistischen Partei und des Primasses Polens belassen, aber um ehrlich zu sein, muss ich erwähnen, dass schon am 7.10.1981 auf der Hauptversammlung der Delegierten der Freien Gewerkschaft „Solidarność“ ein Beschluss gefasst wurde, der in Polen nach dem Krieg revolutionär anmutete. In dem Beschluss hieß es: „Indem wir die Entwicklung der polnischen Kultur pflegen, die offen für das Werk anderer Völker ist, wollen wir dazu beitragen, dass in Polen lebende Bürger anderer Völker und ethnischer Gruppen — Weißrussen, Roma, Griechen, Litauer, Lemken, Deutsche, Ukrainer, Tataren, Juden und andere Nationalitäten – im gemeinsamen Vaterland mit den Polen Möglichkeiten finden, ihre Kultur frei zu entwickeln und sie den nächsten Generationen zu übermitteln“. Wir wissen, wenn 1985 ihre Aussagen General W. Jaruzelski und Kardinal J. Glemp getroffen haben, war schon die Gewerkschaft „Solidarność“ delegalisiert und der demokratische Gedanke aus dem Beschluss gehört schon zum Gedankengut der „Solidarność“, das 10 Jahre danach das neue Staatssystem Polens prägte.

Diese kurzgefasste und ich hoffe nachvollziehbare Schilderung der Bedingungen, unter denen zwei Generationen der nationalen Minderheiten, insbesondere die deutsche Minderheit im sozialistischen Polen lebten, stellt den Ausgangspunkt vor 25 Jahren. Hinter dem Eisernen Vorhang gab es keine demokratischen Staatsinstitutionen, den Schutz gewähren könnten. Ausgeliefert der bis heute unzureichend erforschten Verfolgungen des Staates, haben wir nicht nur die Sprache, aber auch den kulturellen Überbau. Wir waren Zeugen, wie tausende Denkmäler unserer Kultur: Friedhöfe, Bibliotheken, Überschriften aber auch Menschen vernichtet wurden. Die Beamten veränderten den Menschen Vornamen und Familiennamen in rein polnische. Die Kinder durften keine deutschen Vornamen bekommen. Das hatte zur Folge, dass die Vertreter der deutschen Volksgruppe über Jahrzehnte durch auswanderten und ihre Heimat verließen. Auf die Vertreibungen folgenden Aussiedlungen und eine Ausreisewelle und damit wurde einerseits eigene Identität verloren und andererseits die Assimilierung mit dem Polentum vorangetrieben. Die Sprache konnte nur rudimentär beibehalten werden, weil die Sprache permanent verdrängt wurde und die Angst vor Unterdrückung und Ausgrenzung ohne Aussichten auf den Zusammenbruch des totalitären Systems zu stark war. In Schlesien hatten sich die Deutschen im Sprachlichen in die Sprache des Grenzlandes zurückgezogen, die man manchmal „Wasserpolnisch“ oder „Schlesisch“ nannte. Diese Zitate wiesen darauf hin, dass nur die demokratische Opposition wusste, dass die Rechte der nationalen Minderheiten als Bestandteil der Menschenrechte undiskutabel sind.

Erst wenn uns diese Politik bewusst wird und erst wenn uns die Effizienz der nichtdemokratischen Staatsformen entsprechend beleuchtet wird, wird das Revolutionäre der Ereignisse aus vor 25 Jahren ins rechte Licht gerückt. Die damalige Kohl-Regierung, die vor dem Hintergrund des Zerfalls des kommunistischen Systems vor zwei große Herausforderungen gestellt wurde (die Aussicht auf die Wiedervereinigung Deutschlands und neue Regelung der Beziehungen mit den Staaten Mitteleuropas), hat die damals auf eine Million geschätzte Volksgruppe der Deutschen in Polen nicht vergessen. Die neue polnische Regierung öffnete sich auf Europa. Die deutsche Minderheit und ihre Rechte wurden in Regierungsgesprächen zwischen Tadeusz Mazowiecki und Helmut Kohl thematisiert. Damals markierten die Deutsche schon seit einigen Jahren ihre Anwesenheit in den 80er Jahren getragen von der Welle des

Enthusiasmus der Gesellschaft und der oppositionellen Bewegungen und suchten schon die ersten Vereine ins Leben zu berufen. Die Versuche waren damals gescheitert und von den Behörden unterbunden. Hilfreich war das Bewusstsein dessen, dass Deutsche in Waldenburg (Wałbrzych) und Breslau (Wrocław) schon in der Zeit der Volksrepublik Polen ihre Vereinstätigkeit entwickeln konnten. Das war in Polen wenig bekannte Enklave des offiziellen Deutschtums. Das Manifestieren des Bestehens der zahlreichen deutschen Volksgruppe explodierte im November 1989 nach der berühmt gewordenen Versöhnungsmesse in Kreisau, auf der das Friedenszeichen zwischen Mazowiecki und Kohl ausgetauscht wurden. Damals trafen sich die erst keimenden DFK's öffentlich zusammen und erfuhren voneinander, was nach Jahren der Verheimlichung eigener Identität von immenser Bedeutung war.

Durch den Nachbarschaftsvertrag wurden die Rechte der deutschen Minderheit zum ersten Mal anerkannt. In den Paragraphen 20, 21 und 22 des Vertrages über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit wird nicht nur die Anerkennung der deutschen Volksgruppe in Polen erfasst, aber auch der Bezug auf die wichtigsten internationalen Regelwerke und konkrete Rechte wie Pflege der eigenen Sprache, Kultur und Identität genommen. Es wird auch das Recht gewährt, sich in der Öffentlichkeit deutschen Sprache frei zu bedienen, Vereinsleben zu entwickeln, Zugang zu den öffentlich-rechtlichen Medien zu gewähren, Nutzung öffentlicher Mittel, Bildungstätigkeit auszuüben, Vornamen und Familiennamen in deutscher Form zu führen. Der Staat verpflichtete sich, die deutsche Identität in Form nicht nur des Unterrichts aber auch in deutscher Sprache im Schulwesen zu verwenden. Die Geschichte der Deutschen wurde im schulischen Geschichtsunterricht berücksichtigt. Bemerkenswert ist, dass in dem Vertrag das Recht nicht genannt wird, zweisprachige Ortsnamen zu verwenden.

In der zurückliegenden Zeit hat sich in der Lage der nationalen und ethnischen Minderheiten viel verändert. Die heutige Situation der deutschen Minderheit, die durch den revolutionären Vertrag von 1991 anerkannt wurde, basiert nicht mehr auf dem bilateralen deutsch-polnischen Vertrag, sondern durch für alle Minderheiten in Polen geltende Regelwerke mitbestimmt wird. Polen ratifizierte am 1.04.2001 das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationalen Minderheiten und die Europäische Charta der Regional- oder

Minderheitensprachen gilt in Polen seit dem 1.06.2009. Diese internationalen Übereinkommen sind oder sollten ins polnische nationale Recht implementiert werden. Von grundlegender Bedeutung ist in Polen das Gesetz über nationale und ethnische Minderheiten vom 6.01.2005. An der Stelle sie wohl vermerkt, dass die Belange, die 1991 im deutsch-polnischen Vertrag nicht berücksichtigt wurden, also die Möglichkeit zweisprachige Ortsnamen zu führen, eben durch das Gesetz eingeführt wurde. Der Vertrag sah auch für die deutsche Minderheit eine wichtige Rolle bei der so dringend nötigen Versöhnung zwischen unseren Staaten vor. Das ist eine selbstverständliche Aufgabe, die wir manchmal zum eigenen Nachteil erfüllen. Als Beispiel möchte ich anführen, dass die riesiger Teil unserer Fördermittel der Bundesrepublik Deutschland wurde und wird weiterhin für solche Zwecke bestimmt, nicht allein der deutschen Minderheit, sondern dem Gemeinwohl aller Bürger dienen. Das geht hier nicht nur um Deutschkurse, die alle besuchen dürfen, aber auch um Wasserleitungen, Kanalisation, Ausstattung der Krankenhäuser und vor zwei Jahren war eine hochleistungsstarke Pumpe für die Beseitigung der Folgen einer Überschwemmung. Es geht hier auch um etliche Zehn Konferenzen, Projekte, die zum Ziel haben, die gegenseitige Wahrnehmung der Deutschen und Polen zu verbessern, aber auch eine Bürgergesellschaft aufzubauen. Diese Tätigkeit wird oft übersehen, aber wir sind der Auffassung, dass wir zu den Mitgestaltern des großen Wandels gehören, der eingetreten ist, gemeint sind hier die Hunderte Schul-, Gemeinde- und Vereinspartnerschaften. Vor dem Hintergrund macht uns die neue Rhetorik in der Politik, aber auch leider in der Gesellschaft Sorgen. Man entnimmt der Rhetorik die Zustimmung für die Umkehr des so tief europäischen Prozesses der deutsch-polnischen Versöhnung.

Die deutsche Minderheit strebte von Anfang an des Bestehens, alle gewährten Rechte wahrzunehmen. Nach Jahren der Tätigkeit bestimmen die Gesetze sowohl den Spielraum als auch markiert ab und zu die Grenzen. Die gegenwärtige Lage wird durch die gesetzlichen Voraussetzungen als auch das Engagement von Tausenden Menschen bestimmt. Ich möchte kurz und bindig die Struktur, politische Positionierung, den Bildungsstand und die Medien der deutschen Minderheit an Hand einiger Folien schildern, die ich Ihnen zeigen werde.

(Die Präsentation ausgewählter Folien aus „Präsentation VdG“ (7.10.10 und 21.03.12 und DMI nach der Wende 89/90)

Auf der Leinwand sehen Sie den Aufbau der deutschen Minderheit in Polen: nach Schätzungen sind es über 300 Tsd. Mitglieder, nach Angaben aus der Volkszählung NSP ca. 140 Tsd., sie treffen sich und setzen tausende Projekte in ca. 500 Ortschaften in 10 Woiwodschaften um, für über 50 Tsd. Schülerinnen und Schüler wurden in den Schulen Anträge gestellt, Deutsch als Minderheitensprache zu lernen, in mehreren Hundert Ortschaften begrüßen uns Ortsschilder mit deutschen Ortsnamen, und in über 22 Gemeinden darf man sich offiziell in den Ämtern auf Deutsch verständigen. Im Sejm Sitz ein Abgeordneter der Deutschen Minderheit und er ist momentan der einzige Abgeordnete einer nationalen und ethnischen Minderheit im polnischen Parlament. Für ihn votierten über 27 Tausend Personen. Aus der Wahlliste der deutschen Minderheit wurden 7 Abgeordnete zum Regionalparlament (Sejmik) in Oppeln, 19 Bürgermeister, Gemeinde- und Kreisräte gewählt. Auf diese Listen wurden über 45 Tsd. (?) Stimmen abgegeben. Die Tätigkeit der deutschen Minderheit wird sowohl aus Deutschland aus auch aus Polen gefördert. Über 1000 Kinder besuchen Samstagskurse und lernen spielerisch Deutsch, es sind deutschsprachige Fußballschulen gegründet, die Familien, die ihre Kinder zweisprachig erziehen, treffen sich regelmäßig und je drei Jahre findet in der Jahrhunderthalle in Breslau Festival der Kultur der Deutschen Minderheit statt, wo sich 8 Tausend Deutsche aus ganz Polen treffen. In vielen Pfarrgemeinden werden Andachten und Messen in deutscher Sprache gelesen.

In Polen gibt es so einen Spruch: Wenn es so gut ist, warum ist also so schlecht. Ich beginne mit dem Thema, das natürlich allen Minderheiten am Herzen liegt. Die Bildung. Sie wird auch während der Prüfung der Experten der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen negativ beurteilt. Ich sprach schon davon, dass die Rechtsvorschriften eine Chance aber zugleich eine Begrenzung sind. Hier haben wir so einen Fall, weil in Polen deutsches Schulwesen nicht entstanden ist und eine der Einschränkungen ist, dass in Polen die Schulen für die Minderheiten mit einer Vorbedingung und damit nicht im Sinne der Europäischen Charta der Regionalen- oder Minderheitensprachen organisiert werden. Diese Vorbedingung sind Erklärungen der Eltern und die Voraussetzung, dass 7 Erklärungen eingereicht

werden. Nach unserer Auffassung (ebenso wie nach Auffassung der Auslandspolen in Deutschland, oder wie es in der EKJRM heißt) sollte der Zugang zum Bildungswesen ohne Vorbedingungen gewährt werden und ein mindestens zweisprachiges Bildungsangebot auf den Gebieten der Minderheiten bestehen. Da der Staat das Angebot nicht unterbreitet und da der Staat nur auf Anträge reagiert, sind wir bestrebt, selbst so ein Angebot vorzubereiten, aber das System, in dem die große Zuwendung für den Deutschunterricht in Form von 3 Zusatzstunden die Woche, an der deutschen Minderheit vorbei geht und diese Bildungszuwendung landet bei den Gemeinden und es gibt keine Möglichkeiten uns bei der Bildung der Schulen in freier Trägerschaft zu fördern. Aus diesem Grunde ist es uns leider gelungen, in den zurückliegenden 5 Jahren nur 4 zweisprachige Schulen zu eröffnen. Die Erfolge des Deutschunterrichts in den Schulen, in denen nur 3 Stunden unterrichtet wird, sind leider nicht zufriedenstellend, deshalb müssen wir trotz der Probleme Schulen zu bilden, wo mehr Deutschstunden angeboten werden und immer die deutsche Sprache fördern. Über verschiedene Gremien möchten wir die Regierung überzeugen, die Effizienz des Systems zu verbessern, das Niveau des Unterrichts erhöhen und wenigstens einen Bruchteil der Zuwendung für die nötigen Gründungen der Schulen durch unsere Vereine und Gesellschaften zu bestimmen. Es stimmt nicht, was man oft aus der Presse erfährt, dass „die deutsche Minderheit von dem Staat 140 Mio. PLN für die Bildung bekommt“. Die Summe der Zuwendung stimmt, aber das Geld liegt von Anfang an außerhalb der mittelbaren und unmittelbaren Entscheidungskompetenz der deutschen Minderheit.

Die Jahre der Begeisterung nach dem Sturz des Kommunismus sind in Polen vorbei. Der Enthusiasmus ist auch unter den polnischen Staatsbürgern polnischer Nationalität weg. Der am Anfang feste Glaube an einen revolutionären Wandel und die Stärke der Überzeugungen, dass die deutschen nach Jahren der Diskriminierung ihre Folgen bald überwinden werden, oder Deutsch in den Alltag zurückkehren wird, schlug in mühsame Arbeit an der Basis um. Dazu kommt in der letzten Zeit immer stärker spürbarer Mangel an Akzeptanz für das Deutschtum. Das hat zur Folge, dass es viele Außenstehende gibt, die kein Engagement zeigen wollen und versuchen eine sichere, nicht ganz eindeutig positionierte Stellung zu nehmen. Nach Ausscheiden der ältesten Generation, die mit Deutschen aus vor 1945 noch Kontakte pflegte, bilden die

zahlreichste Gruppe diejenigen, die keine Möglichkeit mehr hatten, Deutsch zu lernen. Die Worte von Humboldt bewahrheiten sich: „Die Heimat ist eigentlich die Sprache“. Ohne Sprache wird die Identität geschwächt und das erleben wir gerade. Heute wissen wir als Volksgemeinschaften, die früher zwangsweise assimiliert wurde und bei der die Sprache größtenteils verlorengegangen ist, dass die Sprache wiederaufgebaut werden muss. Die gesetzlichen Kriterien zum Schutz der Sprache und Kultur, geben keine Garantie.

Aus diesem Grunde haben wir mit Zurückhaltung der Jugendlichen gegenüber dem Zusammengehörigkeitsgefühl innerhalb einer Volksgruppe und gegenüber der Bekenntnis zum Deutschtum zu tun und wir beobachten die Entwicklung, dass man einen Sonderweg wählt, der zwischen der Distanzierung zur polnischen nationalen und kulturellen Kode und dem Bekenntnis zum deutschen Volkstum bedeutet. Der Weg bedeutet manchmal die Pflege der regionalen Identität und die Erhöhung ihres Ranges zur Nationalität. Die Identitätswanderung schwächt auch die Klarheit der Bezeichnung beispielsweise eines Schlesiens als Depositär und Mitglied der deutschen Kulturgemeinschaft. Deutsche Minderheit hat eine klare Aufgabenstellung für die Zukunft, weil einerseits jeder Deutsche in eigener Heimat verwurzelt ist und gleichzeitig ein Schlesier, Ermländer, Masur ist und wir möchten den Regionalismus pflegen und andererseits wollten wir die breite deutsche Perspektive nicht aus dem Auge verlieren, weil eine regionale Gemeinschaft den Assimilierungsprozessen stärker ausgesetzt ist. Wir nehmen im Allgemeinen den Wandel der Identität wahr. Die Untersuchungen unter den Mitgliedern des BJDM zeigen, dass sie eine vielschichtige Identität haben und drei Elemente verbindet: von europäisch bis regional schlesisch mit starker deutscher oder sogar polnischer Ausprägung. Ihre Identität ist anders als die ihrer Eltern oder Großeltern. Man fühlt sich ein Schlesier und ein Deutscher gleichzeitig. Unter allen regionalen Schattierungen ist das Schlesische in der deutschen Minderheit zweifelsohne am stärksten ausgeprägt.

Das Problem ist, dass es wenig Jugendliche gibt. Offene Grenzen, deutsche Staatsangehörigkeit, Freizügigkeit, Nähe zu Deutschland und die Distanz zwischen der Wirtschaftsentwicklung und des sozialen Fortschritts in Polen und in Deutschland und Österreich hat zur Folge, dass tausende jugendliche bekennen sich zum Deutschtum, indem sie nach Deutschland ausreisen. Ganz

Polen ist von den demografischen Problemen stark betroffen und diese werden sich noch stärker abzeichnen, aber es steht außer Zweifel, dass die deutsche Minderheit noch stärker von der Entvölkerung betroffen wird. Wir wissen auch, dass es leichter wird, eigene Heimat zu verlassen, wenn man überzeugt ist, dass Deutsche in Polen nicht als Wert oder Reichtum, sondern als Quelle von Spannungen oder im besten Fall mit Argwohn wahrgenommen werden. Die Tatsache, dass wir in diesem Jahr das 25. Jubiläum der Unterzeichnung des Freundschaftsvertrages begehen und immer noch mit der Altlast der Vergangenheit zu kämpfen haben, ist für sie Bestätigung dessen, dass, wenn eine ganze freie und demokratische Generation die Geister der Vergangenheit nicht überwältigen konnte, wird es sicher sich in einen Kreis zurückziehen, in dem sie sich akzeptabel fühlten. Manchmal finden sie auch dort keine Akzeptanz als Deutsche und immer wieder zu den 1,5, 2 oder zuletzt 2,5 Mio. Polen in Deutschland mitgezählt werden. Dann steigt in ihnen das Gefühl der Entfremdung auf. Wir, Angehörige der Minderheit, kennen das Gefühl sehr gut.

Im Hinblick auf das 25. Jubiläum des deutsch-polnischen Vertrages tauchte vor einigen Jahren die Idee des deutsch-polnischen Runden Tisches auf. Diese Idee kam auf dem FUEN-Kongress in Brüssel auf und wurde von mir und dem damaligen Vorsitzenden des Bundes der Polen in Deutschland (ZPwN) Marek Wójcicki aufgegriffen. Das sollte die Chance auf die Verbesserung der Umsetzung einiger Vertragsbestimmungen sein. Seit einigen Jahren treffen wir uns am Tisch und ich muss mich leider heute an die Brust schlagen und feststellen, dass wir als deutsche Minderheit nicht die Auffassung vertreten können, dass uns diese Bestimmungen irgendeine erhebliche Verbesserung brachten. Der Tisch trieb alle in die Falle des Symmetriegedanken, der, wie wir alle wissen, auf die Minderheitenpolitik keine Anwendung finden sollte. Als polnische Bürger fühlen wir, dass unsere Regierung (polnische Regierung) die positive Entwicklung der Politik gegenüber der deutschen Minderheit als Trumpf gegenüber der Bundesregierung behandelt und unsere Bedürfnisse behandelt man zweitrangig.

Wie ist also unsere Lage 25 Jahre nach Zeichnung des Vertrages? Gesetzlich gesehen sind unter uns Vertreter nationaler Minderheiten, die besser gestellt sind, aber auch solche, die schlechter gestellt sind. Deshalb sind wir bestrebt diese Bedingungen in Zusammenarbeit mit der Regierung zu verbessern, aber

als 10 Jahre nach Verabschiedung des Minderheitengesetzes auf den Schreibtisch des Staatspräsidenten kleine Novellierung des Gesetzes gelang, wurde dagegen ein Veto erhoben. Als ich den Vortrag schrieb hörte ich mehrmals aus dem Mund einiger Politiker, dass die Minderheiten eine 5%-Schwelle polenweit einführen sollte, was die Teilnahme an den Wahlen praktisch unmöglich macht. Ein Staatsanwalt in Oppeln setzte ein Schreiben auf, in dem er sich gegen ein seit 8 Jahren legal stehendes restauriertes Denkmal für die Gefallenen des I. Weltkrieges äußert. Die Stadt Oppeln setzt die Änderungen der Verwaltungsgrenzen durch, durch die die nationalen Verhältnisse verändert werden und die Wahlaussichten der Minderheiten geschwächt werden. Wir befürchten neue Geschichtspolitik, den Anstieg der nationalistischen und europaskeptischen Tendenzen. Wir glauben selbst, dass die Verfestigung eigener kulturellen und nationalen, sprachlichen Identität in der Minderheit einen Sinn hat, wie es Johann Wolfgang Goethe bezeugte: „Alles Grosse und Gescheite existiert nur in der Minoritaet“. Europa besteht aus so vielen Nationen, dass jede eine Minderheit ist und erst wenn wir alle sind, sind wir eins und das ist unserer Mühe wert. Wir sind in Polen in der Tat Wächter europäischen Gedankengutes und das hat einen Sinn und insbesondere für die Jugendlichen. Die Kehrseite der Medaille ist, dass neben den negativen Erscheinungen, unsere und die Bestrebungen der Regierung, wie zum Beispiel die zweisprachigen Ortsschilder in dem ausgewogenen Teil der Gesellschaft zur Vertiefung der Akzeptanz für kulturelle Vielfalt und Mehrsprachigkeit und zum Verständnis beitragen. Die Multikulturalität ist ein Reichtum der Gesellschaft und eines jeden Individuums und zugleich eine Chance für die Regionalentwicklung. Die letzte Begegnung mit dem Staatspräsidenten der Republik Polen lässt uns feststellen, dass auf dem Wege der Verbesserung des Rechts die Staatsinstitutionen weiterhin unser Partner bleiben.